

Umschau

Verzicht auf Propaganda?

Seit Mai dieses Jahres erscheint in Berlin eine „Politische Monatschrift zur Pflege der Deutschen Eintracht“: „Der Zusammenschluß“, die von Friedrich Thimme und Eduard Hemmerle im Verlag Hans Scheller herausgegeben wird. Sie hat sich das löbliche Ziel gesetzt, der ebenso tief eingewurzelten wie verderblichen Zwietracht der Deutschen entgegenzuwirken. Denn diese Zwietracht ist besonders in unserer gefährdeten Lage ein wahrer Fluch, der im Innern jede große Initiative lähmt und nach außen Deutschland fast zum Gespött der Welt macht. Wer freilich hier helfen will, muß mit aller Vorsicht zu Werke gehen, wenn er nicht bei dem Versuche, Frieden zu stiften, neues Öl ins Feuer gießen soll. In dem ersten Heft der neuen Zeitschrift, das uns vorliegt, ist das Bestreben unverkennbar, durch ruhige, sachliche Behandlung aktueller Fragen zum Ausgleich der bestehenden politischen und religiösen Gegensätze und Spannungen beizutragen.

Auch der darin enthaltene Aufsatz des Kieler Theologieprofessors Otto Baumgarten: „Über Notwendigkeit und praktische Bedingungen des konfessionellen Friedens“ steht auf anerkannter Höhe und atmet den Geist der Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit. Wenn wir aus diesem Aufsatz einen Abschnitt herausgreifen, der uns in seiner sprachlichen Fassung nicht ganz geglückt scheint, so geschieht es nicht, um eine Kontroverse zu eröffnen, sondern um im Gegenteil unser Einverständnis in der Sache zu bezeugen.

Nachdem Baumgarten die schicksalsschwere Bedeutung des konfessionellen Friedens für unser Volk geschildert und Gerechtigkeit und tieferes Verständnis für die Eigenart und die Ansprüche der Konfessionen gefordert hat, fährt er fort:

„Mit der Gerechtigkeit und dem innern Verständnis der entgegengesetzten Weltanschauung muß sich dann der entschlossene Verzicht auf Propaganda verbinden. Daß der einheitliche Volksstaat nicht wollen und

dulden kann, daß in der Staatsschule Seelenfang, Abspenstigmachen von Seelen von ihrer Konfession (auch Nichtkonfession) getrieben wird, sollte nicht erst bewiesen werden. Es ist selbstverständlich Recht und Pflicht der an ihre Absolutheit glaubenden Weltanschauungen, möglichst viele Seelen der allein heilsamen Wahrheit zuzuführen. Aber sie muß einsehen, daß dies Streben nicht in der Staatsschule, überhaupt nicht mit Mitteln des über den Konfessionen stehenden Staates betrieben werden kann. . . . Der Verzicht auf konfessionelle Propaganda muß sich auch auf die Besetzung der Stellen beziehen, die — natürlich abgesehen von den konfessionellen Volksschulen — nicht nach konfessionellen und konfessionslosen Interessen, sondern rein aus dem Gesichtspunkt der Eignung der Person für die betreffende Berufsarbeit, allerdings auch in dem betreffenden Volksteil, zu geschehen hat.“

Sehen wir genauer zu, so fordert Baumgarten gar nicht einen Verzicht auf Propaganda. Deren grundsätzliche Berechtigung gibt er vielmehr offen zu, indem er bemerkt: „Es ist selbstverständlich Recht und Pflicht der an ihre Absolutheit glaubenden Weltanschauungen, möglichst viele Seelen der allein heilsamen Wahrheit zuzuführen.“ Er ist daher auch weit davon entfernt, einem verschwommenen Indifferentismus das Wort zu reden und, wie es von anderer protestantischer Seite immer wieder geschieht, dogmatische Toleranz zu fordern. Mit klaren, unzweideutigen Worten schreibt er:

„Es muß ein Unfug genannt werden, der den konfessionellen Frieden bedroht, wenn den Katholiken bzw. Protestanten insoweit Toleranz gegen die Protestanten bzw. Katholiken angedungen wird, daß sie deren Heilsweg als gleichwertig, ihre ewige Seligkeit als gleich gesichert ansehen. Solche Toleranz würde die Heilsgewißheit der eigenen Konfession zerstören, und das ist die Basis ihrer Existenz. . . . Solange die Konfessionen die Glaubensgegensätze als bis an die Wurzeln der Welt- und Lebensanschauung reichend beurteilen, kann man von ihnen nicht jene Art von Toleranz gegeneinander verlangen, die mit der Relativierung der Absolutheit des Glaubens identisch ist.“

Was hat sich nun Baumgarten unter „Verzicht auf Propaganda“ gedacht? Offenbar nichts anderes als den Verzicht auf unlautere, unerlaubte Mittel der Propaganda, weil mit deren Anwendung die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens unvereinbar ist. Ein Lehrer, der seine amtliche Stelle mißbrauchen würde, um die ihm zum Unterricht übergebenen Kinder der Religion oder Weltanschauung ihrer Eltern abspenstig zu machen, beginge einen schweren Vertrauensbruch, und parteiische Besetzung der Staatsstellen durch die Angehörigen einer bestimmten Konfession wäre im paritätischen oder konfessionslosen Staat ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit.

Aber nicht nur die Gerechtigkeit zieht der Propaganda Grenzen, sondern auch die Liebe¹. Im geistigen Kampf der Konfessionen sind daher alle Mittel zu verwenden, die marktschreierisch, aufdringlich oder für ein feineres Empfinden taktlos sind. Was im Interesse der Religion geschieht, soll mit Würde und schonender Liebe geschehen, und darum ist jede Propaganda der Gewalt, der Lüge und Hinterlist als unchristlich und ungehörig, als Störung des konfessionellen Friedens abzulehnen und zu vermeiden.

Im wesentlichen ist also Baumgarten einverstanden mit den Anschauungen und Grundsätzen, wie sie über Recht und Art der Propaganda auf katholischer Seite herrschen und in dieser Zeitschrift² wiederholt dargelegt worden sind. Um so notwendiger erscheint es daher, diese Übereinstimmung auch im sprachlichen Ausdruck zur Geltung zu bringen, damit nicht Worte trennen, wo die Sache eint: Nicht der Verzicht auf Propaganda ist zu fordern, sondern der Verzicht auf unlautere Mittel der Propaganda. Mag Pribilla S. J.

Portugiesisches

Unter den vielen Putschen und versuchten Staatsumwälzungen, die seit 1910 das

¹ Näheres in meiner Schrift „Um die Wiedervereinigung im Glauben“ (Freiburg 1926, Herder) 30 ff.

² 89 (1915) 391; 95 (1919) 56; 98 (1919/20) 457; 102 (1921/22) 409; 107 (1924) 189.

unglückliche Volk von Portugal heimgesucht haben, ist der Staatsstreich des Generals Gomez da Costa vom 28. Mai eines der wirkungsvollsten und lehrreichsten Ereignisse in der Geschichte des portugiesischen Parlamentarismus.

Dieses Mal nämlich galt der Kampf nicht, wie bisher, nur dieser oder jener Partei, diesem oder jenem Gewalthaber im Regierungspalaste am Rocio in Lissabon, sondern es ging um den Sturz aller Parteien zugleich, um die Existenz des Parlamentarismus selber; und im Hintergrund stand in der Erwartung aller die Frage, ob es nicht die entscheidende Stunde wäre für das Schicksal der Republik. Das Heer stand gegen die Regierung, gegen Kongreß und Senat; das Heer, dessen Führer großenteils monarchistisch gesinnt sind, das zu wiederholten Malen die radikalen Häupter der republikanischen Parteien gestürzt und vertrieben hatte. Und dieses Heer marschierte vom Norden her auf die Hauptstadt los, aus dem Norden, der immer die Stütze des monarchistischen Gedankens gewesen ist. Dazu kommt, daß kurz vorher die Häupter der monarchistischen Parteien, der Anhänger des vertriebenen Königs Manuel und der Parteigänger der Familie Dom MIGUELS, die seit 100 Jahren ihre Erbansprüche auf den Thron geltend macht, in Paris ein Bündnis geschlossen hatten, das ihre Kraft stärkte und ein Zeichen steigender Hoffnungen auf den Sieg ihrer Sache ist. Danach erkennen die MIGUELISTEN Dom Manuel als König an; doch soll von ihm das Anrecht auf die Familie des Hauses Bragança übergehen.

Der schnelle und vollständige Sieg der Schilderhebung des Generals Gomez da Costa und seines Verbündeten, des Marinekommandanten Cabecadas zeugt von der Stimmung des portugiesischen Volkes besser als Schilderungen von Berichterstattungen für politische Zeitungen. Der größte Teil, durch ein ungerechtes Wahlrecht von der aktiven Beteiligung am politischen Leben ausgeschlossen, mußte das Schicksal des Landes dem einen Drittel seiner Landsleute überlassen, die allein lesen und schreiben können. Von diesen,